

Klare Position von WOHNEN SCHWEIZ: «Fonds de Roulement bringt Genossenschaften mehr»

Am 9. Februar 2020 kommt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zur Abstimmung. Den Verband WOHNEN SCHWEIZ findet man weder in den Komitees der Befürworter noch der Gegner. Mit guten Gründen, wie Daniel Burri, Präsident von WOHNEN SCHWEIZ, erläutert.

WOHNEN SCHWEIZ: Warum sind Sie nicht glühender Befürworter der Initiative des Mieterverbandes, die den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern will?

Daniel Burri: Weil es uns um den Fonds de Roulement geht.

Aber zur Abstimmung kommt eine Volksinitiative, die zum Beispiel landesweit einheitlich zehn Prozent aller Wohnungen im gemeinnützigen Bereich verlangt. Ist doch wunderbar?

Nur auf den ersten Blick. Entscheidend ist der Bundesbeschluss, der vom Bundesrat und von der Mehrheit des Parlaments verabschiedet worden ist. Der zählt und der hat es in sich.

Erklären Sie?

Der Volksinitiative wurde ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dabei geht es um die Weiterführung und Aufstockung des Fonds de Roulement. Das Parlament hat diese Weiterführung und Aufstockung beschlossen. Aber, und das ist ganz wichtig, dieser Beschluss tritt nur in Kraft, wenn die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zurückgezogen oder abgelehnt wird.

«Wir haben lange genug für die Weiterführung des Fonds gekämpft. Wir wollen ihn jetzt nicht gefährden.»

Das heisst, dass Ihnen der Fonds de Roulement wichtiger ist als die Initiative.

Ja, in dieser besonderen Konstellation schon. Der Fonds de Roulement ist ein



Daniel Burri erläutert die Position des Verbandes WOHNEN SCHWEIZ zur Abstimmung über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Bild DS

bewährtes Finanzierungsinstrument, das den Genossenschaften im ganzen Land hilft, gemeinnützige Wohnungen zu erstellen. Das ist entscheidend, das nützt unseren Genossenschaften und somit dem Anliegen des gemeinnützigen Wohnungsbaus mehr als eine starre Formel von zehn Prozent mehr gemeinnütziger Wohnungsbau im ganzen Land. Wir haben lange genug für die Weiterführung des Fonds gekämpft. Wir wollen ihn jetzt nicht gefährden.

Wie haben Sie denn gekämpft?

Der Verband WOHNEN SCHWEIZ hat sich über den politischen Beirat mit Vertretern aus CVP, FDP, SVP, GLP und BDP in den letzten zwei Jahren stark für den Fonds eingesetzt. Dank den Mitgliedern unseres Beirates, unterstützt vom Verband, ist es gelungen,

die bürgerlichen Fraktionen vom Fonds de Roulement und generell der Bedeutung der Arbeit unserer Genossenschaften zu überzeugen. Ja, darauf dürfen wir stolz sein.

Aber die von der Initiative geforderten zehn Prozent gemeinnützige Wohnungen bei Neubauten müsste Sie doch beflügeln?

Grundsätzlich schon, aber nur dort, wo gemeinnütziger Wohnungsbau nötig ist. WOHNEN SCHWEIZ begrüsst zwar gute Rahmenbedingungen und Anreize zugunsten gemeinnütziger Wohnbauträger, steht aber totalitären Vorschriften, die in der Bundesverfassung verankert werden, skeptisch gegenüber. Forderungen nach mehr bezahlbaren Wohnungen sollten primär auf kommunaler Ebene diskutiert und umgesetzt werden, und zwar dort, wo lokal und regional Bedarf vorhanden ist. Es ist nicht sinnvoll, wenn ein Anteil von zehn Prozent starr verlangt wird, von Biasca bis Schaffhausen oder von Neuenburg bis Sedrun. Wichtig ist, dass wir in allen Regionen, ob Stadt oder Land, starke und engagierte Genossenschaften haben. Das ist entscheidend und dafür engagieren wir uns.

Warum ist denn WOHNEN SCHWEIZ nicht im Komitee gegen die Initiative?

Wir halten uns aus der Abstimmungskampagne raus. Wir wollen die Initiative weder aktiv befürworten noch aktiv bekämpfen. Unser Augenmerk gilt dem Fonds de Roulement. Den wollen wir nicht gefährden. Wir sind überzeugt, dass wir damit im Interesse unserer Mitglieder handeln.

Interview Kurt Bischof